

Von Leipzig nach Wolfsburg: Warum die Kraft des Volkes auf die Straße gehört – und nicht in die Wahlurne

Marco Kulczyk, 12.08.2026

Am **6. September 2026** wählt **Sachsen-Anhalt** einen neuen Landtag. Umfragen sehen die vom Verfassungsschutz als **gesichert rechtsextrem eingestufte AfD** bei **rund 42 Prozent**. Diese Zahl ist erschütternd. Aber **sie fällt nicht vom Himmel**. Sie ist das vorläufige Ergebnis einer Verletzung, die 1990 begann, nie wirklich heilen durfte – und die sich, das ist die unbequeme Wahrheit dieses Textes, im Kern bis heute wiederholt. Nicht identisch, aber **im Muster erschreckend ähnlich: Menschen tragen die Konsequenzen von Entscheidungen, die andere getroffen haben, ohne dass diese anderen jemals wirklich zur Rechenschaft gezogen werden**.

Um zu verstehen, wie wir hierhergekommen sind, und um zu verstehen, warum die Antwort nicht in der Wahlkabine liegt, müssen wir an den Anfang zurückgehen. Nicht 1990. **1989**.

Der Herbst, der Deutschland verändert hat

Es ist leicht, im Jahr 2026 über die **Friedliche Revolution** zu sprechen, als wäre sie ein historisches Faktum wie viele andere. Das wird ihr nicht gerecht. Was im **Herbst 1989 in Leipzig, Halle, Magdeburg, Dresden und Ost-Berlin geschah**, war in der deutschen Geschichte beispiellos: **Zum ersten Mal gingen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten – Arbeiter, Pfarrer, Studierende, Ärztinnen, Mütter mit ihren Kindern – gemeinsam, friedlich und ohne zentrale Führung auf die Straße, um gegen ein Unrechtsregime zu protestieren**. Es gab keinen historischen Präzedenzfall in Deutschland für eine derart breite, gewaltfreie Solidarisierung der Bevölkerung gegen den eigenen Staat.

Man muss sich klarmachen, was das bedeutete. Die Montagsdemonstrationen begannen nicht als sicheres Unterfangen. Sie begannen als Wagnis **mit ungewissem, potenziell tödlichem Ausgang**. Die Erinnerung an den **17. Juni 1953** und an **das Massaker auf dem Tiananmen-Platz** nur wenige Monate zuvor, im Juni 1989, war den Demonstrierenden sehr präsent. Niemand wusste, ob die SED-Führung, ob die Staatssicherheit, ob die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" nicht doch mit Gewalt reagieren würden. Man ging trotzdem. Woche für Woche wurden es mehr: Aus ein paar Hundert wurden Zehntausende, aus Zehntausenden wurden am 9. Oktober 1989 in Leipzig etwa 70.000, wenig später in Ost-Berlin am 4. November knapp eine Million Menschen auf dem Alexanderplatz. Menschen verließen an jenen Montagen ihre Wohnungen und wussten nicht, ob sie am Abend wieder zurückkehren würden, ob sie verhaftet, verletzt oder Schlimmeres erleiden würden. Sie gingen trotzdem, weil ihnen **die Sehnsucht nach Freiheit, nach Selbstbestimmung, nach einem Leben in Würde wichtiger war als die eigene Sicherheit**.

Das Entscheidende an diesem Moment war: **Es war eine Bewegung von unten**, getragen von der Solidarität der Vielen, nicht von einer Partei, nicht von einer einzelnen charismatischen Führungsfigur, nicht von einer bewaffneten Gruppe. **"Wir sind das Volk"** war kein Slogan, der Macht für sich beanspruchte – er war ein Slogan, **der Legitimität einforderte: Das Recht, gehört zu werden, das Recht auf freie Wahlen, das Recht, über das eigene Leben mitzubestimmen**. Diese Menschen erkämpften sich nicht Wohlstand. **Sie erkämpften sich die Demokratie selbst**. Sie taten es **unter Einsatz ihrer beruflichen Existenz, ihrer Freiheit, im Zweifel ihres Lebens**.

Das ist die Blaupause, an der man jeden nachfolgenden Protest in diesem Land messen sollte: **Wenn eine Gesellschaft unzufrieden ist mit dem, was ihr die Herrschenden bieten, dann ist der legitime, historisch bewährte, zutiefst deutsche Weg der Veränderung die friedliche, solidarische, sichtbare Straße – nicht die Zerstörung der demokratischen Ordnung selbst, die man sich gerade erst erkämpft hat**.

Der Kahlschlag, den niemand kommen sah?

Und dann, nur wenige Monate nach diesem historischen Triumph der Selbstbestimmung, begann für viele der Menschen, die 1989 auf der Straße gestanden hatten, ein zweiter, ganz anderer Umbruch – einer, der ihnen die gerade errungene Würde auf andere Weise wieder zu nehmen drohte.

Man muss versuchen, sich in die Lage jener Menschen hineinzusetzen. Sie hatten in einem System gelebt, das ihnen bei allen Einschränkungen von Freiheit und Wohlstand etwas gegeben hatte, das im Westen bis heute unterschätzt wird: Verlässlichkeit. Ein Arbeitsplatz war garantiert, wenn auch oft ineffizient organisiert. Die Kinderbetreuung war flächendeckend vorhanden. Man kannte seinen Platz in der Gesellschaft, seine Kolleginnen und Kollegen, oft über Jahrzehnte im selben Betrieb. Die Planwirtschaft war strukturell marode, das ist unbestritten – aber sie bot etwas, das man nicht allein in Wachstumsraten messen kann: Ein Gefühl von Sicherheit und Zugehörigkeit.

Die Wiedervereinigung brachte, neben der neu gewonnenen Freiheit, binnen weniger Jahre die **Auflösung fast der gesamten wirtschaftlichen Existenzgrundlage einer ganzen Region mit sich**. Die Treuhandanstalt hatte den Auftrag, DDR-Betriebe zu privatisieren – in der gelebten Praxis bedeutete das für unzählige Belegschaften **Zerschlagung statt Sanierung**. Magdeburg ist dafür das bittere Lehrbuchbeispiel: Als das Schwermaschinenbaukombinat "Ernst Thälmann" zerfiel, verloren über 40.000 Menschen binnen kürzester Zeit ihre Arbeit, die Stadt schrumpfte von knapp 290.000 auf 226.000 Einwohner. Es waren nicht nur Arbeitsplätze, die verschwanden. **Es waren Lebenswerke, Berufsidentitäten, ganze über Jahrzehnte gewachsene Belegschaftsgemeinschaften, die über Nacht für wertlos erklärt wurden** – von Investoren, die, das muss man klar benennen, **oft genug nicht am Aufbau interessiert waren**, sondern an Marktberreinigung, an lukrativen Filetstücken, an der Ausschachtung von Maschinenpark, Grundstücken und Markennamen, während die eigentliche Substanz, die Menschen und ihr Wissen, achtlos zurückgelassen wurde.

Für die Betroffenen fühlte sich das nicht wie ein geordneter wirtschaftlicher Übergang an. **Es fühlte sich an wie eine zweite Enteignung** – diesmal nicht durch einen sozialistischen Staat, sondern durch einen entfesselten Kapitalismus, der keine Rechenschaft ablegen musste gegenüber denen, deren Leben er umkremelte. Man hatte sich **im Herbst 1989 die Selbstbestimmung erkämpft** – und stand **im Frühjahr 1991** plötzlich vor verschlossenen Werkstoren, ohne dass die eigene Stimme in dieser neuen Ordnung noch etwas galt. **Dieses Gefühl, dass die eigene Biografie von fernen, unpersönlichen Entscheidern für wertlos erklärt wurde, hat sich eingebrannt. Es prägt die kollektive Erinnerung vieler Menschen nicht nur in Sachsen-Anhalt bis heute.**

Eine Wunde, die zur strukturellen Dauerkrise wurde

Was auf diesen Schock der frühen 90er folgte, war keine vorübergehende Anpassung, sondern eine jahrzehntelange Abwärtsspirale. Sachsen-Anhalt hat **seit 1990 fast 700.000 Menschen verloren** – ein Viertel seiner Bevölkerung, mehr als jedes andere Bundesland. Etwa die Hälfte davon geht auf Abwanderung zurück, die andere Hälfte auf ein Geburtendefizit – und **es waren überproportional die Jungen, die Gutsausgebildeten**, die gingen, weil sie mussten oder weil sie die Perspektivlosigkeit nicht mehr ertragen wollten. Wer blieb, blieb oft in Regionen zurück, die zusehends ausgedünnt wurden: **Weniger Ärzte, weniger Geschäfte, weniger Nahverkehr, weniger von allem, was ein Leben in Teilhabe ausmacht.**

Und die Gegenwart schreibt diese Geschichte fort, statt sie zu beenden. **Sachsen-Anhalt steuert auf das vierte Rezessionsjahr in Folge zu. Das Land trägt eine historische Schuldenlast**, größer als die der westdeutschen Länder seit dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Und selbst als 2023 mit der Ansiedlung zweier Intel-Chipfabriken in Magdeburg endlich ein Symbol der Hoffnung entstand – ein Versprechen von über 30 Milliarden Euro Investition –, wurde dieses Versprechen im Juli 2025 wieder kassiert, ohne dass je ein Spatenstich erfolgt war. Wer einmal erlebt hat, wie das eigene Lebenswerk von fernen Entscheidern für wertlos erklärt wird, erlebt in einem geplatzten Milliardenversprechen keine abstrakte Wirtschaftsnachricht. **Er erlebt eine Wiederholung.**

Wolfsburg 2026: Dieselbe Geschichte, andere Adresse

Und hier kommt der Punkt, an dem dieser Text bewusst den Blick weitet – weg von Sachsen-Anhalt, hinein in **die alte Bundesrepublik**, nach Niedersachsen, in eines der traditionsreichsten Industrieunternehmen Deutschlands. Denn wer glaubt, das Muster von 1990 – Menschen zahlen den Preis für Fehler, die andere gemacht haben – sei Geschichte, sollte **im Sommer 2026 einen Blick auf Volkswagen** werfen.

Berichten des Manager Magazins zufolge plant der Volkswagen-Konzern einen deutlich massiveren Stellenabbau als einmal ursprünglich kommuniziert: Bis zu **100.000 der aktuell rund 657.000 Arbeitsplätze weltweit könnten in den kommenden Jahren wegfallen** – etwa das Doppelte des zuvor verkündeten Sparziels von rund 50.000 Stellen, **überwiegend in Deutschland**. Sicher ist aber bereits, dass von den bis 2030 vereinbarten rund 35.000 Stellen, die abgebaut werden sollen, allein in der Kernmarke schon deutlich über 28.000 Abgänge verbindlich vereinbart sind, dass Porsche als Tochterunternehmen zusätzlich rund 8.000 Stellen streicht, und dass Zulieferbetriebe im gesamten Land in Mitleidenschaft gezogen werden.

Warum steht der einst als uneinnehmbar geltende Autokonzern vor diesem Kahlschlag? Die genannten Gründe lauten: **Eine schwache Nachfrage im Elektroauto-Segment, rückläufige Verkaufszahlen, hohe Produktionskosten und zunehmender Druck durch chinesische Wettbewerber**. Was dabei zu selten ausgesprochen wird: **Diese Krise ist nicht vom Himmel gefallen**. Sie ist zu erheblichen Teilen das Ergebnis von **Managemententscheidungen, die über Jahre hinweg zu spät, zu zögerlich oder in die falsche Richtung getroffen wurden**. Während chinesische Hersteller früh und konsequent in kostengünstige Elektromobilität investierten, hat **der Konzern die Transformation phasenweise verschleppt, an zu teuren Plattformen und komplexer Software-Architektur festgehalten und sich zu lange auf die Stärke des Verbrenner-Geschäfts verlassen**. Die Rechnung dafür zahlen nun nicht die Vorstände, die diese Weichen gestellt haben. **Die Rechnung zahlen die Menschen am Band in Wolfsburg, Zwickau, Emden und Hannover – und die Beschäftigten bei den hunderten Zulieferbetrieben im ganzen Land**, die von den Entscheidungen in den Vorstandsetagen abhängig sind, **ohne selbst am Verhandlungstisch zu sitzen**.

Das ist die Parallele, die man nicht ignorieren darf: **1990 wie 2026 tragen am Ende diejenigen die Last struktureller Fehlentscheidungen, die am wenigsten Einfluss auf sie hatten**. Damals war es die Treuhand und mitunter rücksichtslose Investoren, die über die Zukunft ganzer Regionen entschieden, ohne den Betroffenen ein Mitspracherecht einzuräumen. Heute sind es Vorstandsetagen, die jahrelange strategische Fehleinschätzungen jetzt über Personalabbau ausgleichen wollen – während Boni und Vergütungsstrukturen in den entsprechenden Etagen selten in vergleichbarem Maße zur Disposition stehen. **Wer für Fehler verantwortlich ist, sollte auch für sie geradestehen – nicht nur mit warmen Worten in einer Pressemitteilung, sondern mit echter Rechenschaft, mit Verzicht auf Boni in Krisenjahren, mit persönlicher Verantwortung**.

Solidarität ist die Antwort – heute wie 1989

Was folgt aus dieser doppelten Geschichte? Nicht Resignation. Sondern die Erinnerung daran, was 1989 tatsächlich funktioniert hat: Solidarität. Die Montagsdemonstrationen waren stark, weil sich Menschen aus völlig unterschiedlichen Lebenslagen – kirchlich engagierte Bürgerrechtler, Fabrikarbeiter, Studierende, Familien – zusammenschlossen und gemeinsam für ein Ziel einstanden, das größer war als ihre je eigenen Interessen.

Genau diese Solidarität ist heute wieder gefragt – zwischen VW-Beschäftigten in Wolfsburg und den Menschen in den Zulieferbetrieben im ländlichen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, die genauso von den Entscheidungen in den Vorstandsetagen betroffen sind, obwohl ihr Name nirgends in der Berichterstattung auftaucht. Genau diese Solidarität ist gefragt zwischen den Menschen, die schon in den 1990ern ihre Arbeit verloren, und jenen, die heute vor derselben Erfahrung stehen: **Dass eine ferne Entscheidung, an der sie nicht mitwirken konnten, ihr Leben von einem Tag auf den anderen verändert**.

Was daraus folgen muss, ist dreierlei:

Erstens: Manager müssen für ihre Fehler auch persönlich geradestehen – nicht durch symbolische Gesten, sondern durch echte Konsequenzen, wenn strategische Fehlentscheidungen über Jahre hinweg Zehntausende Arbeitsplätze kosten. Verantwortung darf nicht enden, sobald es unbequem wird.

Zweitens: Die Politik muss **soziale Herausforderungen nicht verwalten, sondern aktiv gestalten** – transparent, gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung, nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wie in den frühen 90ern. Das bedeutet: **Echte Beteiligung bei Strukturwandelprogrammen, ehrliche Kommunikation über das, was möglich ist und was nicht, und eine Sozialpolitik, die verhindert, dass ganze Regionen erneut abgehängt werden, während anderswo über Krisenbewältigung nur gesprochen wird.**

Drittens, und das ist der entscheidende Punkt: **Der Protest gegen diese Missstände gehört auf die Straße – nicht in die Wahlkabine für Kräfte, die die demokratische Ordnung selbst infrage stellen.**

Die Straße ist der Ort des Protests. Die Wahlurne ist es nicht.

Hier schließt sich der Kreis zur Landtagswahl am 6. September. Eine dpa-Analyse bringt es auf den Punkt: Die AfD profitiert von der Unzufriedenheit von Menschen, die sich in ihren Dörfern verlassen fühlen – ohne Arzt, ohne Geschäft. Das ist keine irrationale Laune. Das ist die politische Übersetzung von drei Jahrzehnten realer Erfahrung von Abgehängtsein, verstärkt durch neue Enttäuschungen wie das geplatzte Intel-Versprechen und heute durch die Wucht der VW-Krise, die auch niedersächsische und mitteldeutsche Zulieferstrukturen erschüttert.

Aber genau weil ich diese Wut ernst nehme, muss ich an dieser Stelle klar werden. Wut über Ungerechtigkeit, über gebrochene Versprechen, über eine Politik und Konzernführungen, die zu oft an den Lebensrealitäten der Menschen vorbeigehen – **diese Wut ist nicht nur legitim, sie ist demokratisch notwendig.** Eine Demokratie lebt davon, dass Menschen protestieren, wenn sie sich übergangen fühlen. Sie lebt von **Demonstrationen, von Streiks, von Betriebsversammlungen, von Bürgerinitiativen, von der lauten, sichtbaren, unbequemen Präsenz derer, die sagen: So nicht mit uns.** Die IG Metall und der VW-Betriebsrat üben bereits scharfe Kritik an den Sparplänen – das ist die richtige, die legitime Form des Widerstands: Organisiert, öffentlich, auf Verhandlung und Veränderung ausgerichtet.

Wer 1989 gegen ein Unrechtssystem auf die Straße gegangen ist, weiß das besser als jede Generation nach ihr: **Der Herbst '89 war die eindrücklichste Lektion, die dieses Land je erhalten hat, dass friedlicher, solidarischer Protest Systeme verändern kann, ohne sie zu zerstören.**

Aber **die Wahlurne ist kein Ort für Protest.** Sie ist der Ort, an dem entschieden wird, wer die Macht bekommt, um über das eigene Leben zu bestimmen. **Wer dort eine Partei wählt, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, wählt nicht "denen da oben eins auf den Deckel". Er stimmt für eine Partei, die genau jene Demokratie infrage stellt, die 1989 auf den Straßen von Leipzig, Halle und Magdeburg so teuer erkämpft wurde – mit Mut, mit persönlichem Risiko, teilweise unter Einsatz des eigenen Lebens.** Das ist kein Denkmäler an eine Regierung. Das ist **die Abgabe der eigenen Freiheit an Kräfte, die sie im Zweifel nicht zurückgeben wollen.**

Der Unterschied ist entscheidend: Protest verlangt, dass die Demokratie besser wird. Eine Stimme für die AfD riskiert, dass es sie in ihrer heutigen Form nicht mehr gibt. Wer 1989 für Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gegangen ist, hat sich das nicht erkämpft, um es 35 Jahre später an der Wahlurne wieder herzugeben – aus einer Wut, die berechtigt ist, aber am falschen Ort landet.

Anpacken, gemeinsam, mit offenem Visier

Sachsen-Anhalts Menschen haben allen Grund, laut zu sein. Die Beschäftigten von Volkswagen und seiner Zulieferer haben allen Grund, laut zu sein. Sie haben allen Grund, ihre Regierungen und ihre Unternehmensführungen mit Nachdruck zur Rechenschaft zu ziehen – für drei Jahrzehnte unzureichender Strukturpolitik im Osten, für Jahre verschleppter strategischer Entscheidungen in den Chefetagen der deutschen Automobilindustrie.

Aber diese Rechnung gehört **auf die Straße, in die Betriebsversammlung, in den offenen Brief, in die nächste Demonstration** – dorthin, wo 1989 gezeigt wurde, dass eine solidarische, friedliche Bevölkerung tatsächlich Geschichte schreiben kann. Damals wie heute gilt: **Alle müssen mit anpacken.** Manager müssen für ihre Fehler selbst einstehen, nicht nur die Belegschaft. **Die Politik muss soziale Herausforderungen nicht aussitzen,**

sondern gemeinsam und transparent mit der Bevölkerung lösen. Und die Bevölkerung selbst muss ihre berechnigte Wut dorthin tragen, wo sie tatsäclich etwas bewirkt – **auf die StraÙe, nicht in ein Kreuz, das am Ende genau das gefäbrdet, wofür im Herbst 1989 so viele Menschen ihre Sicherheit, ihre Freiheit und im Zweifel ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.**